

Schleichende Erosion demokratischer Strukturen im Westjordanland

Mehr als 70 Prozent der Palästinenser im Westjordanland halten die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) für undemokratisch und illiberal.¹ Herrschen im Westjordanland also noch demokratische Verhältnisse oder ist die PA ein autoritäres Regime? Die Wahrheit liegt in der Mitte – und die Gründe zur Sorge nehmen zu.

Die palästinensischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2005 und 2006 galten als Vorbild für die Durchführung ordnungsgemäßer Wahlen im Nahen Osten. Doch seither fanden keine nationalen Urnengänge mehr statt. Seit Anfang des Jahres wurden im Westjordanland Journalisten wegen angeblicher Diffamierung hochrangiger Offizieller eingesperrt und in Ramallah ging die Polizei mit Gewalt gegen friedliche Demonstranten vor.

Die amerikanische Nichtregierungsorganisation *Freedom House* ordnet das Westjordanland in ihrer internationalen Freiheitsrangliste 2012 als „not free“ ein². Bereits der Democracy Index 2011 des *Economist* qualifizierte „Palestine“ als „hybrid regime“ (teils demokratisch, teils autoritär) und rückte es

damit in die Nähe von Ländern wie Venezuela oder Mosambik.³

Ausschlaggebend für die Klassifizierung eines Gemeinwesens als Demokratie sind die Achtung von Grundrechten wie der Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit, das regelmäßige Abhalten von freien Wahlen, die Existenz einer organisierten politischen Opposition sowie die Legitimität, Effektivität und Verantwortlichkeit staatlicher Institutionen.⁴ Ein autoritäres Regime ist gekennzeichnet durch die Machtausübung einer kleinen Gruppe, einen begrenzten politischen Pluralismus, das eingeschränkte Recht auf gesellschaftliche und politische Organisation, die mangelnden Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber den Bürgern und den anderen Gewalten sowie die Abwesenheit politischer Partizipation.⁵

In diesem Länderbericht werden in erster Linie die palästinensischen Institutionen selbst betrachtet. Die Schwierigkeiten, eine Demokratie unter den Bedingungen einer

³ Vgl. Economist Intelligence Unit: „The Democracy Index 2011: Democracy under stress“, 2011, https://www.eiu.com/public/topical_report.aspx?campaignid=DemocracyIndex2011 [27.08.2012].

⁴ Das palästinensische Grundgesetz erkennt Grundrechte wie Meinungs- (Art. 19), Versammlungs- (Art. 26, Abs. 5) sowie Pressefreiheit (Art. 27) an. Die Grenzen dieser Freiheiten werden durch Gesetze festgelegt. Vgl. „2003 Amended Palestinian Basic Law“, *The Palestinian Basic Law*, 18.03.2003, <http://www.palestinianbasiclaw.org/basic-law/2003-amended-basic-law> [27.08.2012].

⁵ Zu der hier verwendeten Definition von autoritären Regimen vgl. Juan J. Linz, „Totalitäre und autoritäre Regime“, Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, 2. überarbeitete und ergänzte Auflage, 2003, S. 129–142.

¹ Vgl. *Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR)*, „Palestinian Public Opinion Poll No (44)“, 10.07.2012, <http://www.pcpsr.org/survey/polls/2012/p44full.html> [27.08.2012].

² Vgl. *Freedom House*, „2012 Freedom in the World. Territory ratings and status, FIW 1973-2012“, 2012, <http://www.freedomhouse.org/report-types/freedom-world> [27.08.2012].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MICHAEL MERTES

JÖRG KNOCHA

11. September 2012

www.kas.de

www.kas.de/ramallah

Besatzung zu etablieren, werden nur dort thematisiert, wo diese die Funktionsfähigkeit demokratischer Strukturen erschwert oder verhindert.⁶

Versammlungsfreiheit auf dem Prüfstand

Proteste gegen die Politik der PA sind im Westjordanland in der Regel nicht zulässig und werden, finden sie dennoch statt, gewaltsam aufgelöst.⁷ Das jüngste Beispiel stammt vom Juni 2012, als mehrere Jugendorganisationen zum Protest gegen ein geplantes Treffen von Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas mit dem damaligen israelischen Vizeregierungschef Shaul Mofaz aufrufen.⁸ Die Demonstration fand am Nachmittag des 30. Juni statt. Als sich die Demonstranten dem Präsidentenpalast näherten, gingen Einheiten der Polizei mit Schlagstöcken gegen die friedlichen Teilnehmer vor. Mehrere Personen wurden dabei verletzt oder verhaftet. Einen Tag danach kam es an gleicher Stelle zu einer Solidaritätskundgebung, die sich vor allem gegen die Praktiken der Polizei richtete. Erneut gingen die Sicherheitskräfte gegen die Demonstranten vor. Diesmal wurden auch Journalisten verletzt und verhaftet.⁹

Eine von Präsident Abbas eingesetzte unabhängige Untersuchungskommission kam zu dem Schluss, dass der Gewalteininsatz der Polizei nicht gerechtfertigt war und Journalisten gezielt angegriffen wurden. Außerdem

⁶ Zum Verhältnis von Demokratie und Autonomie vgl. Philippe C. Schmitter und Terry Lynn Karl, „What Democracy Is . . . and Is Not“, *Journal of Democracy*, 1991, Nr. 3, S. 75-88, <http://myclass.peelschools.org/sec/12/27497/Lessons/Political%20Theory/CPW%204U%20Article%20-%20What%20democracy%20is%20and%20is%20not.pdf> [27.08.2012].

⁷ Vgl. *Freedom House*, „Freedom in the World 2011. West Bank“, 2011, <http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/2011/west-bank> [27.08.2012].

⁸ Vgl. „PFLP: PA must be held accountable for attacking Ramallah protest against Mofaz“, *pflp.ps*, 01.07.2012, <http://pflp.ps/english/2012/07/pflp-pa-must-be-held-accountable-for-attacking-ramallah-protest-against-mofaz/> [27.08.2012].

⁹ „PA police crush new Ramallah demo“, *Ma'an News*, 01.07.2012, <http://www.maannews.net/eng/ViewDetails.aspx?ID=500441> [27.08.2012].

wurde der Einsatz von in Zivil gekleideten Sicherheitskräften verurteilt.¹⁰

Gefahr für die Medienfreiheit

Laut *Freedom House* ist die Medienlandschaft im Westjordanland „nicht frei“. Das Pressegesetz von 1995 sieht Geld- und Haftstrafen für Journalisten vor, die „geheime Informationen“ über die Sicherheitskräfte veröffentlichen oder die nationale Einheit gefährden. Besonders kleine Medienorganisationen werden regelmäßig unter Druck gesetzt, positiv über die PA und die Fatah zu berichten. Journalisten, die Missstände aufdecken, müssen damit rechnen, bedroht oder körperlich angegriffen zu werden. Auch die Gefahr willkürlicher Verhaftung besteht.¹¹

Der große Nachholbedarf im Bereich der Pressefreiheit zeigt sich auch am Ranking der Nichtregierungsorganisation *Reporter ohne Grenzen*. Dort befinden sich die Palästinensischen Gebiete auf Platz 153 und damit noch hinter Ländern wie Pakistan oder Irak.¹² Die Umfrageergebnissen des Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR), eines Partners der KAS Ramallah, unterstreichen dies. Mehr als 70 Prozent der Palästinenser sind der Meinung, dass es im Westjordanland keine oder nur eine eingeschränkte Pressefreiheit gibt.

Dass dieses Urteil durchaus seine Berechtigung hat, zeigt sich an der Verhaftungswelle gegen Journalisten im Westjordanland, die Anfang 2012 stattfand.¹³ Als Gründe nannten Vertreter der PA die „Verursachung von Uneinigkeit“ sowie die „Ausnutzung der Meinungsfreiheit zur Diffamierungen von

¹⁰ Vgl. Reporters Without Borders, „Independent inquiry vindicates journalists over Ramallah violence“, 30. Juli 2012, http://en.rsf.org/palestinian-terr-independent-inquiry-vindicates-30-07-2012_43124.html [27.08.2012].

¹¹ Vgl. *Freedom House*, „Freedom in the World 2011. West Bank“, Fn. 7.

¹² Vgl. Reporters Without Borders, „Press Freedom Index 2011-2012“, 25.01.2012, http://en.rsf.org/press-freedom-index-2011-2012_1043.html [27.08.2012].

¹³ Vgl. *Palestinian Center for Policy and Survey Research* (PSR), „Palestinian Public Opinion Poll No (44)“, Fn. 1.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MICHAEL MERTES

JÖRG KNOCHA

11. September 2012

www.kas.de

www.kas.de/ramallah

Repräsentanten der PA".¹⁴ Zu den Dutzenden Verhafteten gehören die Journalisten Ismat Abdul-Khaleq und Yousef al-Shayyeb. Abdul-Khaleq wird beschuldigt, Abbas auf ihrer Facebookseite als „Verräter“ bezeichnet zu haben. Herabsetzende Äußerungen über führende Vertreter der PA sind ein Straftatbestand in den Palästinensischen Gebieten.¹⁵ Al-Shayyeb wurde wegen Verleumdung inhaftiert nachdem er in der jordanischen Zeitung *al-Ghad* einen investigativen Artikel veröffentlichte, in dem es um mutmaßliche Korruptionsfälle im palästinensischen Außenministerium ging. Nach einer Kautionszahlung wurde er freigelassen. Das Verfahren läuft noch.¹⁶

Die Sperrung von Internetseiten ist unter engen Voraussetzungen ein rechtsstaatskonformes Instrument zur Bekämpfung von Online-Kriminalität. Auch in Deutschland wurden bereits Webseiten mit kinderpornografischen oder rechtsradikalen Inhalten gesperrt. Kritisch wird es, wenn dies aus politischen Gründen geschieht.

Ein Beispiel dafür ist die Blockade von acht palästinensischen Internetseiten. Diese Nachrichtenseiten stehen zumindest teilweise Mohammed Dahlan nahe und berichten immer wieder kritisch über Präsident Abbas.¹⁷ Dahlan wurde im Juni 2011 vom Exekutivkomitee der Fatah die Parteimitgliedschaft entzogen. Offiziell wurden ihm Kor-

ruption sowie die Verwicklung in mehrere Morde zur Last gelegt. Anderen Quellen zufolge soll er den Sturz von Präsident Abbas geplant und eine eigene Miliz im Westjordanland gegründet haben.¹⁸ Die PA wies mehrere Internetanbieter an, die acht Internetseiten aus Gründen der nationalen Sicherheit zu blockieren.

Verhaftungen und Folter

Derzeit befinden sich Hunderte Gefangene in palästinensischer Verwaltungshaft. Sie sitzen ohne Anklage ein und verfügen im Gegensatz zu anderen Inhaftierten nur über eingeschränkte Rechte.¹⁹ Darüber hinaus berichtet die international hoch angesehene „Unabhängige Kommission für Menschenrechte“ (*The Independent Commission for Human Rights, ICHR*)²⁰ in ihrem Jahresbericht 2011 von 755 Beschwerden im Zusammenhang mit willkürlichen Festnahmen im Westjordanland. Dazu kommen 150 Beschwerden wegen Folter und Misshandlung.²¹

Die jüngste Verhaftungswelle steht im Zusammenhang mit Entwicklungen im nördlichen Westjordanland. Anfang Mai 2012 schossen Unbekannte auf das Haus des Gouverneurs des Distrikts Jenin, Qadoura Moussa. Dieser erlitt dabei zwei Herzinfarkte, die er nicht überlebte.²² Am 1. Juli wurde Shami al-Shami, Mitglied der Fatah und Abgeordneter des palästinensischen Parlaments, in seiner Heimatstadt Jenin ange-

¹⁴ Jillian Kestler-D'Amours, „Dozens of journalists, activists arrested as PA cracks down on dissent“, *The Electronic Intifada*, 01.05.2012, <http://electronicintifada.net/content/dozens-journalists-activists-arrested-pa-cracks-down-dissent/11228> [27.08.2012].

¹⁵ Vgl. Mohammed Daraghme und Diaa Hadid, „Ismat Abdul-Khaleq, Palestinian Lecturer, Arrested For Alleged Facebook Insult“, *The Huffington Post*, 02.04.2012, http://www.huffingtonpost.com/2012/04/02/ismat-abdul-khaleq-palestinian-held-facebook-insult_n_1396951.html [27.08.2012].

¹⁶ Vgl. Noah Browning, „Facebook posts lead to arrests of journalists in West Bank“, *msnbc.com*, 04.03.2012, http://www.msnbc.msn.com/id/46940850/ns/technology_and_science-security/t/facebook-posts-lead-arrests-journalists-west-bank/ [27.08.2012].

¹⁷ Vgl. George Hale, „Palestinian media clamp-down spreads to the Web“, *Ma'an News*, 23.04.2012, <http://www.maannews.net/eng/ViewDetails.aspx?ID=478726> [27.08.2012].

¹⁸ Vgl. Khaled Amayreh, „Fatah expels Dahlan“, *Al-Ahram Weekly*, 16.-22.06.2011, <http://weekly.ahram.org.eg/2011/1052/re9.htm> [27.08.2012].

¹⁹ Vgl. *Freedom House*, „Freedom in the World 2011. West Bank“, Fn. 7.

²⁰ Vgl. http://aehrd.info/j02/index.php?option=com_contact&view=contact&id=14%3Athe-independent-commission-for-human-rights-palestine&catid=34%3Aaehrd-member-organisations&Itemid=58.

²¹ Vgl. *The Independent Commission for Human Rights*, „The Status of Human Rights in Palestine 2011. The Seventeenth Annual Report. Executive Summary“, 21.04.2012, S. 37, <http://www.ichr.ps/en/2/6/753/ICHR-17th-Annual-Report-ICHR-17th-Annual-Report.htm> [27.08.2012].

²² Vgl. Hans-Christian Rößler, „Polizisten gegen Polizisten“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.07.2012.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MICHAEL MERTES

JÖRG KNOCHA

11. September 2012

www.kas.de

www.kas.de/ramallah

schossen.²³ Anschließend wurden mehr als 150 Personen im Norden des Westjordanlands verhaftet. Es handelte es sich vor allem um Personen, die im Verdacht standen, illegal Waffen zu besitzen, Mitglieder krimineller Organisationen zu sein sowie um Mitglieder der Sicherheitskräfte und einer der Fatah nahestehenden Miliz.²⁴

Auch dies mag auf den ersten Blick eine Ereignisfolge sein, die in jedem funktionierenden Rechtsstaat vorkommen könnte. Die Gefangenen wurden jedoch nicht der Staatsanwaltschaft übergeben, sondern blieben im Gewahrsam der „Preventive Security Force“, einer Eliteeinheit mit geheimdienstlichen Aufgaben. Die Gefangenen durften keine Besucher empfangen. Laut ICHR wurden einige von ihnen misshandelt und gefoltert.

Selbst wenn bisher nicht klar ist, was zu diesen Verhaftungen geführt hat, gibt es mehrere Theorien zu deren Hintergründen. Einige der Verhafteten sollen Mohammed Dahlan nahe stehen und von diesem Geld und Waffen erhalten haben. Laut einem Fatahmitglied steckt dahinter ein Machtkampf innerhalb der palästinensischen Sicherheitskräfte. Nachdem der Kommandeur der Militärpolizei ausgewechselt wurde, soll es in der Einheit eine Entlassungswelle gegeben haben. Bei einigen der Verhafteten soll es sich um ehemalige Mitglieder der Militärpolizei handeln.²⁵

²³ Vgl. „Shot lawmaker: Attacker wanted to kill me“, *Ma'an News*, 01.07.2012, <http://www.maannews.net/eng/ViewDetails.aspx?ID=500387> [27.08.2012].

²⁴ Vgl. Jodi Rudoren, „Model West Bank City Loses a Crime Fighter“, *The New York Times*, 10.05.2012, <http://www.nytimes.com/2012/05/10/world/middleeast/jenin-loses-leader-as-west-bank-violence-returns.html?pagewanted=all> [27.08.2012].

²⁵ Vgl. Amira Hass, „Palestinian Authority arrests more than 100 following death of Jenin governor“, *Haaretz.com*, 25.06.2012, <http://www.haaretz.com/news/middle-east/palestinian-authority-arrests-more-than-100-following-death-of-jenin-governor.premium-1.443630> [27.08.2012].

Fehlen einer organisierten politischen Opposition

Die Anfang 2006 aus freien Parlamentswahlen hervorgegangene Hamas-Regierung wurde auf Grund ihrer Weigerung, Israel und die bestehenden israelisch-palästinensischen Verträge anzuerkennen sowie der Gewalt abzuschwören, international isoliert. Nach der Entführung des israelischen Soldaten Gilad Shalit im Juni 2006 verhaftete Israel Dutzende ihrer Abgeordneten. Bereits damals war das palästinensische Parlament kaum noch funktionsfähig. Die Machtübernahme der Hamas in Gaza im Jahr 2007 beendete dann jegliche parlamentarische Arbeit, auch wenn ein Großteil der Hamas-Parlamentarier mittlerweile wieder frei ist.

Eine parlamentarische Opposition, die Druck auf die beiden Parteien ausüben könnte, ist nur marginal vorhanden. Lediglich 13 von 132 Abgeordneten des Palästinensischen Legislativrats gehören anderen Parteien an oder sind unabhängig. Die Bevölkerung kann ihre wachsende Unzufriedenheit auch nicht in Wahlen zum Ausdruck bringen, da Fatah und Hamas diese erst nach einer Aussöhnung durchführen wollen. Eine steigende Zahl junger Palästinenser sieht daher friedliche Demonstrationen zurzeit als einzige Möglichkeit, Missstände offen aussprechen zu können.

Diese Unzufriedenheit zeigt sich in den Umfrageergebnissen des PSR. 71 Prozent der befragten Palästinenser glauben, dass es in den PA-Institutionen im Westjordanland Korruption gibt. Nur 29 Prozent sind der Meinung, dass man die PA im Westjordanland ohne Angst offen kritisieren kann.²⁶ Bisher hat dies aber noch nicht zur Entstehung einer breiten außerparlamentarischen Opposition geführt.

²⁶ Vgl. *Palestinian Center for Policy and Survey Research* (PSR), „Palestinian Public Opinion Poll No (44)“, Fn. 1.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MICHAEL MERTES

JÖRG KNOCHA

11. September 2012

www.kas.de

www.kas.de/ramallah

Legitimität und Wirksamkeit politischer Institutionen

Die nie umgesetzten Versöhnungsabkommen zwischen Fatah und Hamas führten zu einem Glaubwürdigkeitsverlust beider Bewegungen. Dem als Durchbruch bezeichneten Abkommen vom Mai 2011 folgte eine neuerliche Übereinkunft im Februar 2012. Die darin enthaltenen Punkte wie die Bildung einer technokratischen Regierung sowie die Abhaltung von Wahlen wurden nie verwirklicht. Die mangelnde Ernsthaftigkeit beider Seiten zeigt sich bereits bei der Registrierung von Neuwählern. Beide Parteien beschuldigen sich, keine freie Registrierung zuzulassen, obwohl Kommunal-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen seit Jahren überfällig sind.²⁷

So verfügt nicht nur die Hamas-Regierung in Gaza, sondern auch die Regierung von Salam Fayyad nur noch über ein eingeschränktes Maß an demokratischer Legitimität. Die Regierung Fayyad wurde nach der Spaltung der Palästinensergebiete im Juni 2007 als „Notstandsregierung“ von Präsident Abbas ernannt. Dieser Terminus kommt im Palästinensischen Grundgesetz nicht vor. Jedoch hat der Präsident die Möglichkeit, für 30 Tage den Notstand zu verhängen. Eine Verlängerung ist nur mit Zustimmung des Parlaments möglich.²⁸ Dazu kam es nicht. Auf Grund der Nichtabhaltung von Wahlen steht die Legitimität von Präsident Abbas, des funktionsunfähigen Parlaments sowie der Kommunalräte und Bürgermeister auf tönernen Füßen.

Die Bevölkerung kann ihren Willen nicht an die politischen Entscheidungsträger vermitteln. Auf Grund dessen können gesellschaftliche Interessen nicht durch das Parlament kanalisiert und an die Regierung weiterge-

leitet werden. Abbas regiert mit Hilfe von Dekreten, die von den Rechtsberatern der Ministerien erarbeitet und vom Kabinett an den Präsidenten weitergeleitet werden – und nicht mit Gesetzen, die vom Parlament als legitimer Volksvertretung verabschiedet wurden.²⁹

2011 benutzte Abbas dieses Instrument allerdings nur neunmal. Er beruft sich dabei auf Artikel 43 des Palästinensischen Grundgesetzes. Danach hat der Präsident das Recht, Dekrete zu erlassen, wenn das Parlament nicht tagt und eine Normsetzung unbedingt erforderlich ist. Allerdings ist fraglich, ob dies auch dann gilt, wenn die Legislaturperiode bereits abgelaufen ist. Darüber hinaus besagt das Palästinensische Grundgesetz, dass das Parlament diesen Dekreten nach dem erneuten Zusammentreten zustimmen muss. In Anbetracht dessen, dass viele Dekrete bereits implementiert wurden, stellt diese Praxis eine grobe Missachtung der parlamentarischen Kontrollfunktion über die Exekutive dar.

Demokratie oder autoritäres Regime?

Die jüngsten Ereignisse im Zusammenwirken mit der Spaltung der Palästinensergebiete sowie dem Ausbleiben von Wahlen lassen den Schluss zu, dass das politische System im Westjordanland derzeit nicht als demokratisch zu bezeichnen ist.³⁰

Es wäre jedoch verfrüht, es als autoritär zu klassifizieren. Zwar ist eine parlamentarische Opposition kaum vorhanden und die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber den Bürgern eingeschränkt, die Gründung von Parteien und Bewegungen ist jedoch möglich. Die gesellschaftliche und politische

²⁷ Vgl. Fares Akram und Isabel Kershner, „Hamas Suspends Voter Registration Process in Gaza“, *The New York Times*, 03.07.2012, <http://www.nytimes.com/2012/07/03/world/middleeast/hamas-suspends-voter-registration-in-gaza.html> [27.08.2012].

²⁸ Vgl. Nathan J. Brown, „What Can Abu Mazin Do?“, *Carnegie Endowment for International Peace*, 15.06.2007, <http://carnegieendowment.org/files/AbuMazinUpdateJune1507.pdf> [27.08.2012].

²⁹ Vgl. Michael Borgstede, „Parkuhren und Demokratie“, *Welt am Sonntag*, 11.12.2011, <http://www.welt.de/print/wams/vermisches/article13761541/Parkuhren-und-Demokratie.html> [27.08.2012].

³⁰ Der folgende Absatz basiert auf den Arbeiten von Wolfgang Merkel, Aurel Croissant und Peter Thiery. Vgl. Aurel Croissant und Peter Thiery, „Von defekten und anderen Demokratien“, *Welt Trends*, 2000/2001, Winterausgabe, S. 9-32, http://www.uni-potsdam.de/db/wtcms/contento-4.4.5/cms/upload/pdf/lehre_kraemer2_croissant_thiery.pdf [27.08.2012].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MICHAEL MERTES

JÖRG KNOCHA

11. September 2012

www.kas.de

www.kas.de/ramallah

Organisation der Bevölkerung findet trotz der geschilderten Hindernisse statt. Dass keine Wahlen stattfinden und Abbas auf das Erlassen von Dekreten angewiesen ist, liegt nicht nur an der PA, sondern auch an der Hamas.

Die PA befindet sich in der Grauzone zwischen einer konsolidierten Demokratie und einem autoritären Regime. Die demokratischen Defizite liegen dabei in mehreren Bereichen:

- Die Wirksamkeit demokratischer Institutionen, allen voran des Legislativorgans der PA, ist durch die Nichtabhaltung von Wahlen eingeschränkt.
- Die Institutionen, die die Achtung der Rechte politischer Organisation sowie Meinungs-, Presse-, Informations- und Assoziationsfreiheit garantieren, sind nur schwach ausgebildet.
- Es mangelt an einer organisierten politischen Opposition im Westjordanland.
- Die Judikative ist unterbesetzt und wenig effektiv.
- Einzelne Institutionen des Regierungssystems, einschließlich der Judikative, üben nur ein geringes Maß an Kontrolle auf das Handeln der politischen Akteure aus.
- Willkürliche Verhaftungen, Folter und andere illegitime Eingriffe werden von politischen Institutionen selbst angewandt und werden nur mangelhaft bekämpft, wenn sie von anderen Akteuren (palästinensischen Privatpersonen, israelischen Siedlern) ausgehen.
- Das Verhältnis zwischen gewählten Mandatsträgern zu potentiellen Vetomächten wie Israel, das einen Großteil des Westjordanlandes vollständig kontrolliert, ist kaum reguliert und somit unberechenbaren Schwankungen ausgesetzt.

Diese Defizite traten nicht plötzlich auf, sondern sind Zeichen einer schleichenden

Erosion demokratischer Strukturen. Einzelne politische Eliten bauen die eigenen Kompetenzen gegenüber anderen Verfassungsorganen wie dem Parlament aus. Dazu kommt, dass die PA schlicht nicht über die finanziellen, personellen und strukturellen Ressourcen verfügt, die notwendig wären, um demokratischen Verfahren in allen Teilen der Palästinensergebiete Geltung zu verschaffen.

Auswirkungen

Die Natur des palästinensischen Regierungssystems hat ganz praktische Auswirkungen auf die interne Entwicklung im Westjordanland sowie den Friedensprozess. Eine Aussöhnung mit der Hamas wird immer unwahrscheinlicher, zumal die Hamas sich darauf eingerichtet hat, in Gaza einen eigenen Quasi-Staat zu betreiben.³¹ Solange die Unzufriedenheit mit der PA wächst, kann die Fatah kein Interesse an Wahlen haben. Arabische Geldgeber haben ihre für das Überleben der PA notwendigen Hilfen teilweise an eine Wiedervereinigung von Westjordanland und Gaza gekoppelt. So wird sich die Situation weiter verschärfen.

Darüber hinaus wird der Zusammenhalt zwischen der politischen Klasse und der Bevölkerung weiter sinken. Populistische Maßnahmen, wie sie in arabischen Ländern üblich sind, um die „Straße“ zu beruhigen zu dämpfen, sind in den von einer schweren Finanzkrise betroffenen Palästinensergebieten kaum möglich. Aufrufe zu friedlichen Demonstrationen gegen die israelische Besatzung sind nicht zu erwarten. Auf der einen Seite befürchtet Präsident Abbas, dass die Demonstrationen außer Kontrolle geraten und sich gegen die PA richten könnten. Auf der anderen Seite ist zu erwarten, dass die internationale Gemeinschaft darauf mit weiteren Kürzungen der finanziellen Unterstützung reagieren könnte.

³¹ Vgl. Michael Mertes und Jörg Knocha, „Die Hamas und die ‚Arabellion‘“, *KAS-Länderbericht*, Juli 2012, <http://www.kas.de/palaestinensische-gebiete/de/publications/31574/> [27.08.2012].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MICHAEL MERTES

JÖRG KNOCHA

11. September 2012

www.kas.de

www.kas.de/ramallah

Gleichzeitig kann Präsident Abbas es sich nicht erlauben, Friedensverhandlungen mit Israel aufzunehmen, ohne dass seine Vorbedingungen erfüllt werden. Es scheint aber ausgeschlossen, dass die Regierung Netanjahu den Siedlungsbau stoppt, die 1967er-Grenze als Verhandlungsbasis anerkennt sowie die 123 palästinensischen Gefangenen freilässt, die vor der Unterzeichnung des Oslo-Abkommens 1993 verhaftet wurden. Auch wenn es zu ernsthaften Verhandlungen kommen sollte, stellt sich die Frage, welche (notwendigen) Zugeständnisse ein demokratisch kaum legitimierter und darüber hinaus schwach erscheinender palästinensischer Präsident machen kann.

Werden demokratische Grundprinzipien wie Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit sowie das Abhalten von Wahlen auch weiterhin nicht eingehalten, wird der Unmut unter den Palästinensern weiter zunehmen. Zwar ist die Gefahr eines Zusammenbruchs der Palästinensischen Autonomiebehörde gegenwärtig nicht sehr hoch, doch treten erste Risse in ihrem Fundament deutlich zu Tage.